

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Gesamt-Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 25, Klaus-Groth-Straße 1, L. Stod
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Kollegen! Die unermüdliche Arbeit jedes einzelnen an dem Aufbau und der Leistungsfähigkeit des Verbandes sichert den Erfolg.

Die Lohnpolitik der Unternehmer.

Bei unsern letzten zentralen Tarifverhandlungen traten deutlich zwei ausschlaggebende Gesichtspunkte hervor, auf die sich allgemein jetzt die Lohnpolitik der Unternehmer stützt. Der treibende Faktor ist die Großindustrie, deren Diktat sich die kleineren Industrieverbände und gewerblichen Arbeitgeberverbände zu fügen haben. Die Unternehmer machen erstens die Lohnregelung für die einzelnen Industriegruppen und Gewerbe, d. h. ihre Zustimmung zu einer selbst von ihnen an sich als berechtigt anerkannten Lohnregelung davon abhängig, daß die Arbeiter den Achtstundentag preisgeben. Zweitens ist das Bestreben der Unternehmer darauf gerichtet, durch größere Lohnstaffelungen das allgemeine Lohnniveau noch stärker als bisher herunterzubringen, mit der Begründung, daß der gelernte, ältere, verheiratete Arbeiter einen höheren Lohn erhalten müsse als der ungelernete und jüngere. Diese für den geschulften Arbeiter durchsichtige Tendenz wird erst dann zur vollen Verwirklichung kommen, wenn es gelungen ist, die achtstündige Arbeitszeit zu durchbrechen.

Vor allen Dingen haben wir die Rückwirkungen einer solchen Lohnpolitik auf die Lage der Arbeiter ins Auge zu fassen, dann wird ohne weiteres klar, weshalb die Vertreter der organisierten Arbeiter lieber auf einen Tarifabschluß verzichten, als sich dieser Lohnpolitik der Unternehmer zu unterwerfen. Die Gewerkschaften wissen nur zu gut, daß die augenblickliche Lohnkonjunktur für die Unternehmer günstig, für die Arbeiter ungünstig ist. Sie wissen auch, daß die Unternehmer verschiedener Branchen eine tariflose Zeit bei ihrer geschlossenen Organisation durch ihre Lohnrichtlinien leichter überbrücken können, als die Gewerkschaften durch vereinzeltes Vorgehen. Wenn die Gewerkschaften als Befürworter der tarifvertraglichen Regelung jetzt dennoch eine tariflose Zeit vorziehen, so deshalb, weil es ihnen einfach unmöglich ist, ihre Mitglieder auf einen Tarif festzulegen, der unter dem Zwang der Unternehmerlohnpolitik zustande kommt.

Handelte es sich bei der Verlängerung der Arbeitszeit in einem Orte oder in einem Betriebe um eine halbe oder auch um eine volle Stunde, dann würde in einem solchen Einzelfall immer noch zu erwägen sein, ob nicht unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse eine solche Verlängerung als das kleinere Übel im Hinblick auf eine Lohnhöhung einstweilen in Kauf genommen werden soll, um bei günstigerer Konjunktur die Scharte wieder auszuweisen. Für eine solche taktische Einstellung würde insbesondere die Erwägung maßgebend sein, wenigstens einen größeren Teil der arbeitslosen Mitglieder wieder in Arbeit zu bringen. Wie stehen aber die Dinge gegenwärtig? Die Unternehmer der Schwerindustrie wollen vom Dreischichtwechsel zum Zweischichtwechsel übergehen, die Arbeitszeit mit einem Schläge von acht auf zwölf Stunden verlängern, mit dem Effekt, daß die Arbeiter einer der drei Schichten ausgeschaltet werden, ein Drittel der Belegschaften also dauernd überflüssig wird, eine ständige starke arbeitslosenreserve geschaffen wird, die den Druck ganz erheblich verschärfen muß, den die Unternehmer zur weiteren Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Waagschale werfen. Bei einem derart wahnwitzigen Treiben kann kein Arbeitervertreter mitwirken. Um der „Wirtschaft“ zu helfen, der Lohnpolitik des sich als die Wirtschaft ausgebenden Unternehmertums zum Siege zu verhelfen, fällen die Organe des Reiches Schiedsprüche mit zwölfstündiger

Arbeitszeit und erklären sie für verbindlich, dieselben Organe, die zur Durchführung der von ihnen selber herausgegebenen Verordnung über die Arbeitszeit berufen sind.

Wie es mit der angeblich beabsichtigten Besserstellung der gelernten Arbeiter, besonders der verheirateten, in Wirklichkeit bestellt ist, darüber können auch unsere Kollegen aus eigener Erfahrung ein Wort mitreden. Wehnlich liegt es in andern Berufen. So kamen kürzlich in Berlin die Buchdruckereibesitzer aus der Provinz zu dem Zweck zusammen, um anstatt einer zentralen Lohnregelung bezirkliche Vereinbarungen zu fordern, weil die Löhne der gelernten Buchdrucker höher seien als die Löhne der ungelerten Arbeiter. Bei jeder Lohnverhandlung hört man von Unternehmerseite, daß der leistungsfähige, gelernte Arbeiter in der Entlohnung höher bewertet werden müsse. Wer oder was hat denn nun die Unternehmer bisher daran gehindert, ihre besseren Kräfte dementsprechend höher zu entlohnen? Die Unternehmer werden darauf antworten, daß es der Zwang gewesen sei, auch den ungelerten Arbeitern erträgliche Löhne zuzugestehen. Die Spekulation der Unternehmer auf die egoistische Auffassung der Gelernten scheitert an der Erkenntnis der Facharbeiter, daß, je niedriger das allgemeine Existenzminimum, um so niedriger ihre „höheren“ Löhne sein werden. Jeder denkende Arbeiter muß einsehen, daß es sich hier in der Hauptsache um ein taktisches Manöver der Unternehmer handelt, das allgemeine Lohnniveau noch mehr zu senken.

Selbst wenn man annehme, daß diese Lohnpolitik der Industrieherrn nicht von der Absicht eines größeren Profits, sondern von dem Bestreben getragen sei, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen, so wäre diese Lohnpolitik ebenso verfehlt wie reaktionär. Das deutsche Unternehmertum, das stets die niedrigsten Löhne zahlte, würde die Konkurrenz des Auslandes in kurzer Frist dazu zwingen, zu der gleichen Lohnpolitik überzugehen. Die Konkurrenzverhältnisse ständen dann genau auf demselben Fleck, nur mit dem recht wesentlichen Unterschied, daß die Kaufkraft der deutschen Arbeitnehmerschaft vollends brachgelegt, ihr Kulturleben zerrüttet ist, und es keinem Arbeiter-Familienvater mehr möglich wäre, seine Söhne in eine Lehre zu schicken, sie dem Unternehmertum als unbezahlte Arbeitskräfte drei oder vier Jahre lang zur Verfügung zu stellen. Wie schwer es heute schon den Kleingewerben ist, geeignete Kräfte für den Nachwuchs zu erhalten, zeigen die Klagenrufe in der Arbeitgeberpresse.

Mit einer solchen Lohnpolitik wird die deutsche Wirtschaft nicht gefördert, im Gegenteil, sie verhindert den Aufstieg, verschlechtert die Lage der Arbeiterschaft noch mehr; darum wird sie dem schärfsten Widerstand der Gewerkschaften begegnen.

Der Kampf um den Achtstundentag im Baugewerbe.

In dem Kampf um die Arbeitszeit im gesamten Baugewerbe wird die Entschleierung der wahren Absichten der Privatunternehmer von größter Bedeutung sein. Wir wollen nachfolgend hierfür einen kleinen Beitrag liefern und eine Untersuchung der „Sozialen Baumwirtschaft“ wiedergeben, die den Anteil der Löhne an den Baupreisen 1914 und 1924 berechnet.

Eine Kleinwohnung von 70 qm Wohnfläche erforderte an Löhnen auf der Baustelle im Jahre 1914 rund 1510 Goldmark, im Februar 1924 jedoch nur rund 1200 Goldmark. Der Lohnanteil verminderte sich demnach um rund 20%. Völlig vor dem Kriege im Baugewerbe neun bis zehn Stunden und nach dem Kriege siebenstündig bis acht Stunden gearbeitet wurde, haben die Lohnkosten sich nicht er-

höht, sondern ermäßigt. Können die Privatunternehmer dieser Feststellung andere Ziffern entgegenstellen? Sie mögen es tun und der Öffentlichkeit den Beweis erbringen, daß der Achtstundentag ein Hindernis dafür sei, die Baukosten auf den Friedensstand herabzubringen. Jedenfalls dürfte es ihnen schwer fallen, den Beweis dafür zu erbringen, daß es die Lohnkosten sind, die heute die Baupreise noch über den Friedensstand hinausheben.

Christliche Bauunternehmer haben seit langem auch das Unsinvolle einer solchen Beweisführung eingesehen. Da es aber Mode ist, den Achtstundentag zum Sündenbock zu machen, und die Herren aus der baustoffherzeugenden Industrie ihnen immer wieder einreden, daß die hohen Baustoffpreise wegen des Achtstundentages nicht gesenkt werden könnten, so glaubt man, dennoch für den Zehnstundentag eintreten zu müssen, um die Kosten der Baustoffe zu senken. Wie aber liegen die Verhältnisse auf diesem Gebiet? Von 1914 bis 1924 ist der Anteil der Lohnkosten an den Baustoffpreisen nachweisbar zurückgegangen: bei Zement um 5%, bei Kalk um 4%, bei Mörtel um 8%. Dementsprechend ist der Anteil der Rohstoffkosten, der Geschäftskosten und des Gewinnes gestiegen. Diese Tatsachen sprechen Bände.

Sie zeigen deutlich, wo die Urheber der Baupreisverteuerung zu suchen sind. Je tiefer man in die Untersuchung der Kosten der Baustoffe hineinsteigt, desto mehr nähert man sich den großindustriellen Macht-habern und ihren Kartellen und Syndikaten, insbesondere den Beherrschern der Rohstoffe Kohle und Eisen. Kann es uns da wundern, daß der Kampf für eine verlängerte Arbeitszeit gerade von diesen Stellen ausgeht? Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gibt in seinem Bericht über die Verhandlungen mit den Gewerkschaften ganz offen zu, daß die Großindustrie ihre Bauten stillgelegt habe, weil die Bauarbeiter mit ihrer sieben- bis achtstündigen Arbeitszeit den Herren der Großindustrie das Konzept ihrer Arbeitszeitpolitik verderben. Die Arbeitgeber des Baugewerbes und der Baunebenbergewerbe, die sonst so für freie Wirtschaft und Unabhängigkeit kämpfen, lassen sich von Stinnes und Thyssen ohne weiteres ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen. Sie tun das, was diese Herren ihnen vorschlagen.

Ich bin der Herr.

Nicht weniger als 100 000 Werftarbeiter mit ihren Angehörigen werden seit Wochen durch die Diktaturgelüste der Werftbesitzer zum Hungern gezwungen. Diese Herren legen lieber wochenlang ihre Werftbetriebe still, bringen lieber zahllose Familien ins Elend und ruinieren Tausenden von Kleinen auf Arbeiterkundschaft angewiesenen Geschäftsleuten ihre Existenz, als daß sie ihren Arbeitern Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren, die für diese Lebensfragen, für die schwerreichen Werftbesitzer aber nur Bagatellen sind.

Nie ist die volksparteiliche Wahlphrase „Herr sei, wer Brot und Arbeit schafft“ der Bevölkerung in ihrer brutalen Tendenz deutlicher vor Augen geführt worden als gegenwärtig. Niemals haben sich die Rechtsparteien mit ihrer Parole „Nur Arbeit, Arbeit kann uns retten“ offener als Lügner entlarvt als heute durch die ihnen angehängten Werftgewaltigen!

Bekanntlich mußten die Einigungsverhandlungen, die der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in Hamburg persönlich zustande brachte, wegen des Starrsinns der Werftbesitzer abgebrochen werden. Die „Vossische Zeitung“ weiß nun unterm 31. März folgende beachtenswerte Einzelheiten über das Scheitern der Verhandlungen anzuführen:

„Neußerlicher Anlaß zu dem bedauerenswerten Abbruch der Verhandlungen war ein Zwischenfall zwischen dem Direktor Gotf von der Werft von Blohm & Wöb und dem Reichsarbeitsminister. Die Tatsache, daß die Werftleitungen schon seit einiger Zeit mit dem Reichsarbeitsminister über die Frage, ob es das Recht habe, Schiedsprüche mit Lohnjahren für verbindlich zu erklären, prozessieren und den Prozeß in erster Instanz verloren haben, machte die Verhandlungen von Anfang an besonders schwierig. Durch das Verhalten des Direktors Gotf sah sich der Reichsarbeitsminister in vorgerückter Stunde zum Abbruch der Verhandlungen, die ohne den Zwischenfall vielleicht doch noch zu einem günstigeren Ergebnis hätten geführt werden können, genötigt. Man muß wissen, daß Direktor Gotf der Spitzen-

Landrat der Deutschnationalen Volkspartei Hamburgs für die Reichstagswahlen ist, um das Verhalten richtig würdigen zu können. Die Deutschnationalen werden zweifellos in der Herbeiführung dieses Zwischenfalles wiederum eine „nationale“ Tat sehen. Die deutschnationalen Arbeitnehmer aber, die kürzlich erst öffentlich erklärten, der Name dieses Kandidaten würde auf sie wie ein rotes Tuch auf den Stier, und die ganz offen aussprachen, mit Gols Aufstellung nichts zu tun zu haben, werden nur einen Grund mehr haben, ihre Stimme andern Parteien zu geben.

Da werden ja am 4. Mai die ausgehungerten Werftarbeiter und die geschädigten Geschäftsleute mit ganz besonderer Freude die Deutschnationale Volkspartei wählen, in deren vordersten Reihen auf Grund ihres wohlgefüllten Geldbeutels Männer stehen wie jener machtfollerige Werftdirektor Goll!

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Am 4. Mai werden auch die Frauen wieder, soweit sie das wahlberechtigende Alter erreicht haben, ihr politisches Wahlrecht ausüben und ihre Stimmen abgeben. Die werktätige Frau wird ganz selbstverständlich nur solchen Kandidaten ihre Stimme geben, von denen sie sicher ist, daß sie im Reichstag auch die Interessen der arbeitenden Klasse vertreten. Die bürgerlichen Vertreter müssen von vornherein ausscheiden; denn auch den Frauen ist bekannt, daß die bürgerlichen Parteien nicht Arbeiterinteressen vertreten, sondern sich nur den Schutz ihrer Klasse angelegen sein lassen.

In den wenigen Wochen bis zu den Wahlen wird der Arbeiterkampf vieles vorgeschwindelt werden von den Parteien der besitzenden Klassen, und alles wird versucht werden, um die Stimmen der Arbeiter und ganz besonders der Frauen zu erhalten. Auf die Frauenstimmen haben es diese Herrschaften ganz besonders abgesehen. Sie werden hierbei mit den größten Lügen gegen die Interessenvertretung der Arbeiterklasse vorgehen und ihre Schwindelpamphlete in alle Arbeiterwohnungen gelangen lassen. Natürlich werden sie verschweigen, daß sie seit der letzten Reichstagswahl die Arbeiterklasse geteilt haben und die ganzen Lasten auf ihre Schultern abwälzten. Sie werden den Arbeitern und den Frauen verheimlichen, daß sie in der schamlosesten Weise den Raub der sozialen Gerechtigkeit vollzogen, daß sie die Verschlechterung der Wöchnerinnenunterstützung und Wochenfürsorge durchsetzten, daß sie durch die Kürzungen der Erwerbslosenunterstützung und der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu namenlosem Elend in den Arbeiterfamilien beitrugen.

Die werktätige Frau, die auf den fargen Lohn angewiesen ist, weiß, daß die ganze wirtschaftliche Orientierung der Profitgier und Ausbeutungsmotiv der kapitalistischen Klasse zuzuschreiben ist. Ihr Lohnverdienst steht in keinem Verhältnis zur Sicherung eines auskömmlichen Lebens. Not und Sorgen umgeben die Frauen wie die Männer stündlich und täglich. Welch gewaltiger Kontrast besteht in der Lebensweise der Damen aus dem Lager der besitzenden Klasse und der proletarischen Frauen. Dort wird in Ueberfluß geschmeckt, täglich mehr verprascht als die Arbeiterin im ganzen Jahre verdient. Die arbeitende Frau hat kein Interesse an der Wahl von bürgerlichen Vertretern in den Reichstag. Sie weiß, daß eine bürgerliche Mehrheit zum Schaden für die arbeitende Klasse sein wird. Keine wahlberechtigende Frau darf am 4. Mai ihre Stimme einem bürgerlichen Kandidaten geben. Sie muß dafür eintreten, daß der Reichstag im arbeiterfreundlichen Sinne beeinflusst wird.

Von dem Ausgang der Reichstagswahlen hängt für die kommenden Jahre sehr viel ab. Es würde daher falsch sein, wenn die Frauen interesselos den Kampf von den Männern aussetzen ließen und der Wahlurne fernblieben. Unsere Arbeiterfrauen werden aktiv an den Wahlen teilnehmen müssen, nicht nur ihre Stimme abgeben, sondern auch in Petitionskreisen, bei den Arbeitskolleginnen aufklärend wirken, daß auch diese den Vertretern der Arbeiterklasse ihre Stimme geben. Im gemeinsamen Handeln mit den Männern muß die große arbeitende Klasse in ihrem Sinne die Zusammenfassung des Reichstages beeinflussen können. Die Arbeiterin hat das gleiche Interesse wie der Arbeiter. Ihr kann es nicht gleichgültig sein, ob in den kommenden Jahren eine arbeiterfreundliche Politik herrschen wird oder ob die Interessen der arbeitenden Klasse durch eine fortschrittliche Gesetzgebung geschützt werden. Wenn aber die Reaktion regiert, dann wird die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterklasse noch mehr verschlechtert. Die Vertreter der besitzenden Klasse werden den Forderungen der Arbeiterklasse alle Türen schließen.

Die Reichstagswahl am 4. Mai muß deshalb zur Generalabrechnung mit den gemachten reaktionären, arbeiterfeindlichen Wahlversprechen werden. Alle Arbeiterfrauen, die Frauen und mehrerhöhten Lehrer unserer Kolleginnen müssen es sich zur Ehre anrechnen, an diesem Tage durch die Abgabe des Stimmzettels gegen die gesamte Reaktion, gegen Entrechtung und Ausbeutung Protest einzulegen.

Aus unserm Beruf.

Dresden. Am Sonntag, 30. März, tagte im Volks- und Gewerkschaftshaus die Vorstandssitzung des Verbandes der Maler, Lackierer, Kleb- und Buchbindermeister. Aus dem Bericht des Bevollmächtigten, Kollegen J. H. Schmidt, ging hervor, daß trotz ungeheurer Schwierigkeiten und anderer Einwirkungen die Organisation der Mitglieder sehr gut geblieben hat. Die beginnende Verschärfung der wirtschaftlichen Lage lasse die Hoffnung aufkommen, daß alle Schäden der letzten Zeit geheilt werden und ein neuer Aufschwung eintreten werde. Den Klassenkampf gab Kollege Springer. Auch an unserm Verband ist die Forderung nicht unerwähnt vorübergegangen, doch tritt jetzt

eine finanzielle Besserung ein, die durch die neue Beitragsregelung weiter gefördert wird. Die Revisoren beantragten, daß die umfangreiche Arbeit, die geleistet wurde, anerkannt werde, worauf einstimmig Entlastung beschlossen wurde. Zum neuen Fiskalstatut referierte Jekschmann. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, daß jeweils die von der Verwaltung vorgeschlagene Liste für die Wahl des Vorstandes den Bezirken und Zahlstellen zu unterbreiten ist. Die Wahl selbst erfolgt in der Vertreterversammlung. Alle andern Anträge wurden abgelehnt und das neue Fiskalstatut gegen 2 Stimmen angenommen.

Dann folgte ein Referat des Verbandsvorsitzenden Streine, Hamburg. In großen Zügen schilderte er die durch die Gewerkschaften geleistete Arbeit. Er stellte dieser die Widerstände der Unternehmer sowie die herrschende Wirtschaftslage gegenüber und gab dann ein Bild von den Bestrebungen der Unternehmer im Malergewerbe zum Neuaufschluß des Tarifvertrages. Verschlechterungen auf allen wichtigen Gebieten würden durch die Unternehmer gefordert, während unsere Anträge den Gedanken der Weiterentwicklung des Tarifs in sich tragen. Notwendig sei, daß bis zum Neuaufschluß die Kollegen den bestehenden Vertrag in allen Teilen durchzuführen. Ueber die örtlichen Forderungen zum Tarifvertrag sprach sodann Jekschmann. In der Aussprache wurde zugestanden, daß die Verbandsleitung auf gewerkschaftlichem Gebiet das mögliche getan hat. Folgender Beschluß wurde einstimmig angenommen: „Die Vertreterversammlung stellt sich hinter die Entschließung der Vertrauensleute vom 14. März und beauftragt die Bezirksleitung, baldigst neue Lohnverhandlungen zu fordern.“

Kollege Vogt, Leipzig, referierte dann über den Stand der Organisation. Nach einer eingehenden Aussprache wurde folgender Beschluß gegen 1 Stimme gefaßt: „Die Vertreterversammlung verpflichtet alle Kollegen, für die finanzielle und moralische Stärkung des Verbandes einzutreten. Zur Wahrung der Geschlossenheit hält es die Versammlung für erforderlich, daß Mitglieder der Verwaltung nicht gleichzeitig Mitglieder der „roten Internationale“ sein dürfen. Kein Kollege, der sich weigert, eine dahingehende schriftliche Erklärung abzugeben, kann Verwaltungsmitglied sein.“

Der neuen Beitragsregelung und den Entschädigungsfragen wurde einmütig zugestimmt. Die Wahlen zum Vorstand ergaben die Anerkennung der Liste der Verwaltung. Die Wahl sämtlicher Mitglieder erfolgte einstimmig. Im Schlußwort hob Jekschmann den guten Geist der Versammlung hervor und mahnte mit dem Hinweis auf die ernste Situation zu weiterer, fruchtbringender Tätigkeit.

Gotha. Wir haben hier vor einigen Wochen versucht, mit den Kollegen in den Zahlstellen wieder Fühlung zu nehmen. Trotz der ungünstigen Witterung, wodurch fast gar nicht auf dem Bau gearbeitet werden konnte, war der Geist der Kollegen ein guter und auch die Versammlungen nicht schlecht besucht. Hier und dort war das Elend unter den Kollegen durch den harten Winter und die lange Arbeitslosigkeit sehr groß. In manchen Orten ist seit August 1923 keine Arbeit vorhanden. So haben wir der Reihe nach folgende Orte besucht: Neustadt a. d. Orla hat noch seine 26 Kollegen. Was noch beschäftigt war, arbeitete in den Möbelfabriken und auch da sehr eingeschränkt. In Pöbnitz (15 Kollegen) arbeitete seit August kein Kollege; was nicht in den Fabriken oder sonstwo untergekommen war, ließ noch humpeln. In Saalfeld war auch noch alles in Ordnung, und hier waren von 22 anwesenden und organisierten Kollegen nur 8 auf dem Bau, teils in der Fabrik beschäftigt. Die Kollegen auf dem Lande werden erst zum Frühjahr wieder kommen. Dann wird die Zahlstelle wieder ihren vollen Bestand haben. In Rudolstadt (32 Kollegen) sind alle Kollegen noch organisiert. Außer einigen Kollegen, die außer Beruf Arbeit gefunden hatten, waren nur 3 Mann beschäftigt. In all diesen Orten ist die Arbeitsmöglichkeit zum Frühjahr und Sommer gut. Anmeldungen zu Bauten sind genügend vorhanden und wenn davon nur ein Viertel ausgeführt wird, so reicht das zur guten Beschäftigung zu. Ferner haben wir noch die Zahlstelle Sonneberg besucht, die auch noch ihre 32 Kollegen hat. Dort war die Beschäftigung bis Ende November noch leidlich; mit Dezember ist allerdings eine größere Arbeitslosigkeit eingetreten, die auch verschiedene Kollegen zwang, in den Fabriken Arbeit zu suchen. Aber auch hier ist Aussicht auf Arbeit vorhanden. Gildburg-Hausen ist auch noch vollzählig, nur von jeher im Winter immer schlecht beschäftigt. Hier müssen wir bei eintretender Beschäftigung einen neuen Tarif abschließen. Meiningen ist seit August schlecht beschäftigt, es waren nur 2 Kollegen in Arbeit. Aber auch hier werden sie sich im Frühjahr wieder einfinden. In Salzungen war die Fühlung verloren gegangen, doch ist nach Rücksprache mit den Kollegen die Organisation wieder in Aktion getreten. Auch hier ist seit August die Arbeit wie abgebrochen. Der Winter war der schlechteste, den man hier hat kennen gelernt, und so wurde auch die Einstellung der Unternehmungen schwer empfunden. Es sind hier meistens Kollegen mit zehn- und mehrjähriger Mitgliedschaft. Schade, daß wir nicht eine Notstandsunterstützung zahlen konnten. Aber auch hier werden wir unsere 30 bis 35 Kollegen wieder bekommen. In Barchfeld haben wir versucht, die verlorenen und übergetretenen Kollegen wieder zurückzubekommen. Es kann sein, daß wir Erfolg haben, da es im Bauarbeiterverband sehr toll zugeht und die Kollegen wieder Lust verspüren, zurückzukommen. Sonst haben wir noch Rühlhausen besucht, und was noch fehlt, kommt auch dortan. — Nicht der lange harte Winter bald dem Frühjahr, so wird es bald wieder überall gut vorwärtsgehen. P.

Vom Ausland.

Schweiz. Der Malerstreik in Zürich geht unverändert weiter; die Unternehmer lehnen alle Unterhandlungen ab. Der grösste Teil der Streikenden ist abgereist. Es besteht noch keine Aussicht auf baldige Beendigung des Streiks. Die Unternehmer geben sich die

grösste Mühe, um Streikbrecher in Deutschland auszuwerben, und warnen wir nochmals vor jedem Zuzug. — Die Gipser in Zürich sind ebenfalls in den Streik getreten; auch hier lehnen die Unternehmer Verhandlungen ab.

Tschechoslowakei. Am 26. März wurde in Reichenberg mit dem deutschen Arbeitgeberverband der Maler und Lackierer in Böhmen nach mehrmaligen Verhandlungen und einem zweitägigen Streik in Karlsbad ein Lohn- und Arbeitsvertrag mit Gültigkeit vom 29. März bis 31. Dezember 1924 geschlossen. Der Vertrag hat Gültigkeit für den ganzen böhmischen und Reichenberger Handelskammerbezirk. Durch den Vertrag werden die früheren Löhne stabilisiert. Eine Ausnahme der Stabilisierung macht das Vertragsgebiet Reichenberg. Hier wurden die Löhne um 30 Heller pro Stunde erhöht. Die Zulagen bei auswärtigen und Landarbeiten unterliegen den örtlichen Vereinbarungen. Der Zustandekommen dieser Vereinbarungen ist mit vier Wochen, vom Tage des Vertragsabschlusses, befristet.

In der Prager Nationalversammlung wurde am 20. März über die Regierungsvorlage wegen Anerkennung des internationalen Abkommens, das Bleiweissverbot im Maler- und Lackierergewerbe betreffend, verhandelt. Der Gesetzentwurf wurde angenommen. In der Debatte bei der Verhandlung sprach Kollege Schuster. Er betonte insbesondere, dass der Entwurf nicht einmal die Bestimmungen des internationalen Abkommens erreichte. Die vom Kollegen Schuster gestellten Abänderungsanträge wurden abgelehnt.

Literarisches.

„Der Arbeiter-Ökonomist.“ Offizielles Organ des Arbeiter-Ökonomistenbundes für das deutsche Sprachgebiet. Verlag: Selbstverlag, Neustädter Markt 8. Das Blatt erscheint monatlich. Jahresabonnement 1,50 M.

Sterbetafel.

Dresden, Zahlstelle Neugersdorf. Am 10. März starb als Invalide unser treuer Kollege Hermann Fiebigler im Alter von 69 Jahren.
 Mainz. Am 29. März starb nach langem Leiden unser Mitglied Bartel Weyer, Lüncher, im Alter von 78 Jahren.
 Straßburg. Am 9. März starb unser Kollege Nils Dissen im Alter von 70 Jahren.

Vom 6. bis 12. April ist die 15. Beitragswoche.

Vereinstell.

An die Filialvorstände!

Die Reichsarbeitsverwaltung verlangt von uns eine genaue Berichterstattung über alle seit dem 1. Januar 1924 abgeschlossenen Tarifverträge sowie deren Änderungen, Ergänzungen oder Verlängerungen, unter Beifügung einer Abschrift der vereinbarten tariflichen Bestimmungen. (Siehe Rundschreiben Nr. 6/1924 des Vorstandes vom 26. März 1924.)

Wir fordern die Filialvorstände auf, uns die Tarifabschriften unverzüglich einzusenden und darauf zu achten, daß Ort und Datum des Tarifabschlusses darauf enthalten sind. Zugleich ist ein vollständig ausgefüllter Schlussbericht über die Bewegung mit einzusenden. Das verurteilt gleich nach Abschluss der Bewegung keinerlei Schwierigkeiten, während derartige Feststellungen später nur sehr schwer und in der Regel kaum zuverlässig gemacht werden können.

Der Verbandsvorstand.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt selbständige

Karosserie-Lackierer.

Schriftliche Angebote unter Angabe von Alter, Familienverhältnissen und Zeugnisabschriften erbeten.

Daimler-Motoren-Gesellschaft.

Werk Sindelfingen.

Schriftenmaler für Apothekenstandgefäße
 sucht per sofort

Jäckel & Schwuchow,

Leipzig, Arndtstraße.

Lüchfigen Lackiermeister

für weislackierte Möbel sucht

Rüchennöbelfabrik Voigt,

Obernigt bei Dresden.

Malergenossenschaft G. m. b. H., Saarbrücken.

Am Sonntag, 27. April 1924, findet vormittags 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Brauerstr. 6, im großen Sitzungssaal, unsere diesjährige Hauptversammlung statt. Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wahl der auscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. 3. Anträge.

10 Tage vor der Hauptversammlung liegen die Jahresabrechnung, die Gewinn- und Verlustrechnung usw. zur Einsicht der Mitglieder im Bureau, Brauerstr. 6, aus.

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.
 J. A.: Heinrich Deijen. J. A.: Christian Nicolai.